

Berlins Freiheit sichern

Abrechnung Adenauers mit der Sowjetnote — Großkundgebung der CDU

Berlin (Eigenbericht). In einem eindringlichen Appell vor über 16000 Berlinern hat Bundeskanzler Adenauer auf der Wahl-Schlußkundgebung der Berliner CDU die Sowjetunion aufgefordert, mit der Zurückziehung der ultimativen Berlin-Note die Voraussetzungen für echte Verhandlungen über die Deutschlandfrage zu schaffen. Unter begeisterter Zustimmung erklärte der Kanzler wörtlich: „Wir können es uns nicht leisten, das Berlin-Problem in der Schwebe zu lassen, während derweilen über andere Fragen verhandelt wird.“ Energisch wandte sich Adenauer gegen die These, die Berliner Frage mit anderen von der Deutschlandfrage ablenkenden Problemen zu belasten. Erst müsse die Berlin-Frage zugunsten Berlins entschieden werden. Ein monatelanger Schwebezustand sei untragbar.

Es gebe für die Sowjetunion, fuhr Adenauer fort, kein besseres Beispiel echter Verhandlungsbereitschaft, als ihre Berlin-Note erst einmal fallenzulassen. Der Bundeskanzler setzte sich erneut für eine kontrollierte Abrüstung der nuklearen und konventionellen Waffen „für alle“ ein und nannte die entschlossene Haltung der freien Völker des Westens eine wesentliche Voraussetzung, „um die Schwelle eines Friedensvertrages zu überschreiten.“

Zur Pariser Außenministerkonferenz der Westmächte betonte Adenauer, man müsse sofort und ohne Zögern klare Worte sprechen. Was jetzt mit Berlin begonnen werde, könnte eines Tages gegen alle im Westen gerichtet sein. Er bezeichnete es als das Ziel Christenschows, die Bundesrepublik „aus der Front der freien Völker herauszuschießen“. Er halte es auch nicht für richtig, fuhr der Kanzler fort, im gegenwärtigen Augenblick einer Gefahr, die eine Solidarität aller erfordere, Sicherheitssysteme, wie etwa den Rapacki-Plan, zu erörtern.

„Schlimmer als Kolonialstatus“

Immer wieder von Ovationen unterbrochen, wandte sich Adenauer scharf gegen die sowjetische Politik, die in letzter Zeit offenbar wieder auf „Stalin-

Kurs“ gegangen sei. Deutschland könne sich mit Sowjetrußland sofort verständigen, wenn die Sowjets anerkennen würden, „daß jedes Volk ein Recht habe so zu leben, wie es will, und nicht wie Sowjetrußland es will“. „Wir wollen nicht, daß 70 Millionen Deutsche behandelt werden, wie niemals ein farbiger Mann in irgendeiner Kolonie behandelt worden ist.“

Berlin und Bund sind eins

„Vertrauen Sie auf die Bundesrepublik!“ rief Adenauer den Tausenden zu. „Berlin und die

Deutsch-sowjetische Verhandlungen in Bonn

Bonn (ap/dpa). Im Bonner Auswärtigen Amt begannen die deutsch-sowjetischen Verhandlungen über den Handelsverkehr zwischen beiden Ländern im Jahre 1959. Ziel der Verhandlungen, die bis Weihnachten beendet sein sollen, ist eine Vereinbarung über den Umfang des Warenverkehrs, der 1959 auf je 520 Millionen Mark in jeder Richtung erhöht werden soll. Noch vor Weihnachten werden im Bonner Auswärtigen Amt auch die bereits seit längerem vereinbarten Verhandlungen über ein deutsch-sowjetisches Kulturabkommen beginnen.

Bundesrepublik, die Bundesrepublik und Berlin sind eins. Wir werden gegenüber Berlin gern willig unsere Pflicht erfüllen.“ Nachdem der Kanzler erneut gegen die letzten außenpolitischen Erklärungen der SPD Stellung genommen hatte, stellte er fest, daß es nur der Außenpolitik der CDU zu verdanken sei, wenn jetzt der Westen und die NATO an der Seite Berlins ständen. Die Bündnispolitik schütze Berlin.

Deutschlandhalle überfüllt

Bereits vor Beginn der Kundgebung mußte die Deutschlandhalle wegen Überfüllung geschlossen werden. Viele Hunderte fanden keinen Einlaß mehr. Vor der Halle entstand ein derartiges Gedränge, daß selbst der Bundeskanzler mit seinem Wagen zunächst nicht durchkam. In der Halle selbst herrschte von Anfang an eine ausgezeichnete Stimmung, und als Bundesminister Lemmer als Berliner Parteivorsitzender die anwesenden CDU-Repräsentanten vorstellte, erklang immer wieder minutenlang Beifall.

Neben dem Bundeskanzler waren auch Bundesaußenminister von Brentano sowie der schleswig-holsteinische Ministerpräsident von Hassel erschienen. Der Reihe nach begrüßten die Tausende ferner den CDU/CSU-Bundestagsfraktionsvorsitzenden Dr. Krone, Bundesbevollmächtigten Dr. Vockel, die Mitglieder der Berliner Parteivorstandes, die Berliner CDU-Bundestagsabgeordneten, führende Vertreter der Fraktion des Abgeordnetenhauses, die CDU-Senatoren sowie die CDU-Bezirksbürgermeister. Besonders begrüßt wurden die Gattinnen des verstorbenen Bundesministers Tillmans und des Regierenden Bürgermeisters Schreiber.

Zwei Parteien

K. W. B. So schnell hat noch nie Moskau reagiert wie auf die Berliner Wahl vom 7. Dezember. Die „Prawda“ kann ihre Betroffenheit über die 93 Prozent der Berliner Wähler, die das bisher vernichtendste Urteil über die Deutschlandpläne des Kremis ausgesprochen haben, nur mühsam verbergen. Bis vor ein paar Tagen vor der Wahl hatte Moskau seine deutschsprachigen Propagandisten in Ostberlin aufgefordert, durch eine zahlenmäßig ins Gewicht fallende Abstimmung für die SED dem Chrustschowschen Berlinkdikt Widerhall zu verschaffen. Jetzt, da die Volksabstimmung der 93 Prozent Berliner Wähler den Anteil der Ja-Sager für Moskau unter die undiskutable Grenze von 2 Prozent hinuntergedrückt hat, soll die Wahl von Berlin auf einmal nichts mit den „Vorschlägen zur Liquidierung des Besatzungsstatuts von Berlin“ zu tun gehabt haben. Das wird gedruckt, während die Plakate der SED noch an den Litfaßsäulen hängen, auf denen zu lesen steht: „Für die SED Stimmen, heißt Berlin zur Freien Stadt machen.“

Die Reaktion aus Moskau auf eine Wahl, die eine Wahlbeteiligung wie noch in keinem anderen demokratischen Land erzwungen hat, offenbart die erschütternde Fehleinschätzung, der sich der Kreml, aus Pankow beraten oder nicht, über die deutschen Stimmen hingegeben hat. Wir werden wenig merken, wie Chrustschow die Solidarität für die Freiheit, die der Stimmzettel bewies, in seinen Deutschland-Verhandlungen der nächsten Monate honoriert. Doch wir können gewiß sein, daß ihm der 7. Dezember Gewißheit darüber verschafft hat, wie sehr er mit dem Stoß in unsere Freiheit einen Widerstandsgeist mobilisiert hat, der nüchterner als der von 1948, aber sachlich entschlossener und stabiler noch ist als der vor zehn Jahren.

*

Die Wahl war aber nicht nur eine Volksabstimmung. Sie war auch eine Befragung des Bürgers der freien Stadt Berlin darüber, welche Parteien und

welche Männer er mit der politischen Verantwortung für die großen und die internen Fragen des Landes belastet sehen möchte. Nur noch zwei Parteien wird es im Berliner Abgeordnetenhaus geben: Die SPD und die CDU. Damit ist das Abgeordnetenhaus in Berlin das erste deutsche Länderparlament, in dem der Trend zum Zwei-Parteien-System, der seit Jahren in Deutschland erkennbar ist, zur parlamentarischen Tatsache geworden ist. Die Berliner Wähler haben mit der FDP eine Partei verabschiedet, die einmal nahezu ein Viertel der Stimmen auf sich hatte vereinen können, aber nun die Konzeptionslosigkeit und das vertrauensschwächende Hin und Her zwischen den politischen Überzeugungen mit dem Ende ihrer Existenz bezahlen muß. Eingegangen in diesem Zusammenbruch ist auch die Abspaltung von der FDP, die mit dem politisch guten Namen Schwennickes ihre einzige, aber auch hoffnungslos vereinsamte Position hatte. Daß die „Deutsche Partei“ wiederum nicht im Parlament vertreten sein wird, kam wohl ebenso überraschend wie das Verbleiben der FDP unter der Fünf-Prozent-Klausel; denn man war geneigt, der DP nachzusagen, daß sich in ihr die bisweilen sehr ungemütlichen rechtsradikalen Töne zugunsten einer wesentlich mehr staatsbürgerlichen Haltung gesänftigt hätten.

*

Die Freude über die klare Unterscheidung in zwei politische Gruppen, die die Wähler getroffen haben, wird aber beeinträchtigt durch die Schwierigkeiten, die dieses Nebeneinander von zwei so großen politischen Kraftzentren ohne jede Gegenkraft schaffen könnte. Die Partei Brandts hat einen größeren Erfolg davongetragen, als wohl viele ihrer Funktionäre selbst erwartet haben. Sie hat die absolute Mehrheit erreicht. Schon seit 1945 hat die SPD stets die Spitze in Berlin gehalten, und zwar auch mehrfach in die Nähe der Fünfzig-Prozent-Grenze gekommen. Im Jahre 1948, in den dramatischen Tagen der Blockade, hat ihr der Sprecher Berlins, Ernst Reuter, sogar den in der parlamentarischen Geschichte bisher

einzigartigen Erfolg einer Führung von zwei Dritteln der Mandate eingebracht.

Die Berliner SPD hat also schon immer nach dem Kriege einen ganz anderen politischen Weg als die Gesamtpartei im Bund genommen. Das ist bei der Partei, die den Namen Brandt in den alleinigen Mittelpunkt ihrer Werbung und Propaganda gestellt hatte, noch in höherem Maße zu sehen. Wenn jetzt der Regierende Bürgermeister Brandt 78 Mandate der SPD (gegenüber 55 der CDU) ins Abgeordnetenhaus einbringt, dann mögen vielleicht manche der Gewählten meinen, sie dankten dies der Zustimmung zu einem Parteiprogramm. Ein großer Teil der Wähler der Brandt-Partei aber hat dem Mann die Stimme gegeben, der es vermied, auch nur eine der vielen außen- und sicherheitspolitischen Vorstellungen zu erwähnen, mit denen die Wortführer seiner Partei im Bund der Politik der Bundesregierung widersprechen. Deshalb war ja die SED so schlecht beraten, als sie noch kurz vor der Wahl den von Brandt präsentierten Sozialdemokraten das Angebot eines Bündnisses zur Bekämpfung der Sicherheitspolitik des Bundes machte. Und deshalb war es auch ein so geschickter Schachzug Brandts, strikt auf die zweifelhafte Wahlhilfe seiner der Sicherheitspolitik des Bundes stetig opponierenden Parteifreunde aus Bonn zu verzichten.

*

Es ist eine ganz andere Frage, ob diese wahlkampfbedingte Befreiung aus den Maximen der Gesamtpartei einen Wechsel für die Zukunft bedeutet, die jetzt nach der Gewinnung der absoluten Herrschaft in Berlin beginnt. Die CDU wird sich dies fragen müssen, wenn sie jetzt darangeht, darüber zu entscheiden, in welcher Form die politische Arbeit in Berlin nun weiterentwickelt werden soll. Die Partei, die seit zehn Jahren die Verantwortung in der Bundesregierung trägt, hat in Berlin noch niemals jene Spitzenstellung erreicht, die sie im Bund von Anfang an gehabt und alle vier Jahre mehr ausgebaut hat.

(Fortsetzung auf Seite 3)

Es ist ein einziger Trauergarten

Ostberliner „Weihnachtsmarkt“ mit Greuelfotos — Uniformen und ein Tannenbaum

—e. Berlin (Eigenbericht). Zwei verwesene Leichen in einem geöffneten Grab, Soldaten der deutschen Wehrmacht offensichtlich, man soll es an den benagelten Knobelbechern erkennen, die über die Unterschenkelknochen gestülpt sind. Schauerlich ausgemergelte KZ-Gestalten, zerbombte deutsche Städte . . . — das alles in Großfotos von mehreren Quadratmetern. Marx-Zitate, ekelerregende Karikaturen bundesdeutscher Regierungsmittglieder, Propagandasprüche — tatsächlich, man befindet sich auf dem historischen Weihnachtsmarkt auf dem Lustgarten in dem Teil Berlins, der von Ulbricht bereits „normalisiert“ wurde.

Weit ist der „Weihnachtsmarkt“ über den zum Aufmarschplatz gewordenen Lustgarten hinausgequollen. Auf dem Gelände der Spreebrücke leuchten Glühbirnen. Eine hohe Tanne überragt den Platz. Und die Mitte der Tribüne, von der aus die Funktionäre der „DDR“ so gerne die kapitalistische Welt aus den Angeln zu heben pflegen, wurde zu einer Bühne, die

etliche Dutzend Lautsprecher mit Geräusch versorgt. Ein fanatischer junger Mann deklamiert Weintert und Brecht, ein Jugendensemble mit rotgefrorenen Nasen beherrscht trotz der klammen Finger noch die Tastaturen der Schifferklaviere und Flöten. Wie man das so aus kommunistischen „Kulturprogrammen“ kennt.

In Rostock scheint eine Dampferladung Trainingsanzüge gelöscht worden zu sein. Rote, schwarze, grüne Trainingsanzüge. Die Verkäuferinnen in den HO-Buden tragen sie ebenso wie die Passanten. Oder Uniformen. Wer nicht das Ehrenkleid der Volksarmee tragen darf, führt seine Popo-Montur spazieren oder wenigstens die Reichsbahndienstbekleidung. Die wenigen Zivilisten sind auffällig ärmlich gekleidet. Wozu Chic? Unter vielen ausgebeulten Wintermänteln mit Fischgrätenmuster und Ringurt, wie es im Kriege Mode war, erblickt man Stiefel. Die verpönten Stiefel. Und überall wieder Mäntel. In Braun, in Grün, in Dunkelblau, die Frauen dazu in billigen Pelzen. Wer es noch nicht zu einer höheren Funktion gebracht hat, kopiert diese Oberschicht. Der linientreue Hausvertrauensmann trägt noch Kunstleder.

Genormte Verkaufsbuden

Den Kern des „Weihnachtsmarktes“ bildet eine Kolonie von genormten Verkaufsbuden. Sie sind zum Teil ganz geschmackvoll ausgestattet. Aber nur wenig lockt zum Kauf. Eine Bude voll häßlichen Schlipsen zwischen 3 und 9 Mark, lieblos über den Tisch gelegt. Flanell-Damenunterwäsche. Holzgeschnitzte Geschenke. Und Würste, gebraten, gekocht, die Menschen stehen Schlange. „Personalausweis unaufgefordert vor-

zeigen“ steht an einigen Buden. Aber er wird nicht mehr verlangt, weniger als einer von 100 Besuchern kommt aus Westberlin. Ein großes Bierzelt bietet bayerisches Gaudi. Kandierte Äpfel und Zuckerwatte locken die Kinder.

Immer wieder, selbst zwischen diesen bescheidenen Vergnügungen, kommunistische Propaganda. In Form von Plakaten, von Lautsprecherübertragungen oder Filmvorführungen. An mehreren Stellen ist „Kino“ im Freien. Jenseits der Spree, an der Heiligegeiststraße, liegt die Rummelecke mit Attraktionen. Auch eine 1904 im Badenschen erbaute monströse Orgel hat sich hierher verirrt. Aber sie ist nicht das einzige interessante Museumsstück.

„Sputniks“ nicht gefragt

Südlich der Spreeinsel, am Werderschen Markt, hat sich ein Ableger dieses „Weihnachtsmarktes“ etabliert. Vor der Spreebrücke steht der einzige Weihnachtsmann, der auf dem riesigen Gelände zu entdecken ist, und verkauft Lose. Und auch das einzige Weihnachtslied des Abends ist auf der Brücke zu hören. Eine blinde Leierkastenspielerin hat es in ihrem Repertoire. Dieser Teil des Weihnachtsmarktes könnte vor drei Jahrzehnten auf dem Marktplatz von Hirschberg oder Plauen gestanden haben. Karussells mit Pferden, die auf Federn schaukeln, mit Motorrädern, deren Hüpen man nach Herzenslust strapazieren kann, uralte Straßenbahnwagen, die von lebenden Ponies gezogen werden, kurz — ein liebenswürdiger Anachronismus.

Warum nennt man diesen, von einer Bahn der Jungen Pioniere umfahrenen Budenplatz überhaupt noch „Weihnachtsmarkt“? Wegen der einen Tanne? Keine Weihnachtslieder, kein Geglitzter und Geflimmer an Tannenzweigen, kein Christbaumbehang aus Zuckerwerk, keine Sterne, und nicht einmal mehr Schokoladen-Weihnachtsmänner. Soll man das doch „Frostmarkt“ nennen, nach „Väterchen Frost“, und weil einem so frostig ums Herz wird . . .

Zwei Parteien

(Fortsetzung von Seite 2)

Schon wird von der Wahrscheinlichkeit einer Koalition der beiden verbliebenen Parteien gesprochen. Natürlich, diese Koalition ist da und wird da sein, wo immer das nationale Interesse Berlins und Deutschlands das fordert. Man braucht, da ja gerade die von Brandt präsentierte Berliner SPD immer wieder deutliche Ablehnung an die Außenpolitik der Bundesregierung gezeigt hat, um die Mobilisierung dieser Gemeinsamkeit, wenn es not tut, nicht bange zu sein. Doch es gibt ja auch eine Reihe innerpolitischer Probleme zu diskutieren und zu lösen. Sie auszuhandeln, dafür ist die Klarheit notwendig, die die Wähler mit ihrer Zwei-Parteien-Entscheidung getroffen haben. Auch könnte man in Berlin wirklich einmal zeigen, wie Opposition demokratisch und national konstruktiv sein kann: So sehr, daß es vielleicht für den Bund beispielhaft werden könnte. Immerhin, so viele Argumente für eine neue Koalition der beiden Parteien in Berlin sprechen — es gibt auch andere, die für das faire demokratische Spiel auf dem Vorposten der Freiheit anzuführen sind.

SED und Splitterparteien blieben auf der Strecke

Nur noch SPD und CDU im Berliner Abgeordnetenhaus

Berlin (Eigenbericht). Zum erstenmal werden im Berliner Abgeordnetenhaus nur zwei Parteien vertreten sein. Es sind die SPD mit 78 Abgeordneten (insgesamt 52,1 Prozent der Stimmen) und die CDU mit 55 Abgeordneten (insgesamt 37,3 Prozent der Stimmen). Davon errangen in direkter Wahl die Kandidaten der SPD 60, die der CDU 20 Mandate. Alle übrigen Parteien, die FDP, FDV, DP und SED, konnten die Fünf-Prozent-Sperrklausel nicht überwinden. Die SED erhielt nur 1,9 Prozent der Stimmen. Die Wahlbeteiligung erreichte mit 93,1 Prozent eine Rekordhöhe.

Bei über 1,6 Millionen abgegebenen Stimmen erhielt die SPD rund 850 000 und die CDU 608 000 Stimmen. Beide Parteien gewannen acht bzw. 7 Prozent Stimmen im Vergleich zu der letzten Berliner Wahl. Zu den Überraschungen der Wahl gehören die außerordentlich star-

ken Verluste der FDP, die nur in zwei Bezirksparlamenten, in Wilmersdorf und Zehlendorf, die Fünf-Prozent-Klausel überschreiten konnte. Auch die DP fiel ab. Die FDV erreichte nicht einmal ein Prozent der Stimmen. In Tiergarten, Wedding, Kreuzberg, Spandau und Neu-

kölln gewann die SPD sämtliche Direktmandate. Sie hat auch in Charlottenburg, Schöneberg, Reinickendorf und Tempelhof — hier allerdings nur sehr knapp — die Mehrheit. In den Bezirken Wilmersdorf, Zehlendorf und Steglitz führt die CDU.

Die SPD erreichte in Wedding mit 63,2 Prozent ihren größten Erfolg. Ihr schwächster Stimmenbezirk war Zehlendorf mit 39,8 Prozent. Die CDU hingegen behauptete sich gerade in Zehlendorf mit 47,4 Prozent am besten, während sie in Kreuzberg und Wedding jeweils nur 27,9 Prozent erreichte.

Finnlands KP will in die Regierung

Helsinki (ap). Der finnische Staatspräsident Kekkonen hat den Sprecher des Parlamentes, Dr. Sukselainen, beauftragt, die Möglichkeiten für die Bildung einer Regierung auf breiter Grundlage zu sondieren. Hauptaufgabe der neuen Regierung wird es sein, Finnland durch die außenpolitischen Klippen hindurchzusteuern. Die finnischen Kommunisten, die 50 der 200 Sitze im Parlament einnehmen und stärkste Partei in Finnland sind, waren seit 1948 an keiner Regierung beteiligt. Sie haben jetzt zu verstehen gegeben, daß eine erfolgreiche Außenpolitik ohne ihre Mitwirkung kaum denkbar sei.

Moskau antwortet wütend

„Prawda“ leugnet Berlins Entscheidung gegen Sowjet-Plan

Berlin (ap/dpa). Die vernichtende Niederlage der SED bei den Westberliner Wahlen mit einem Stimmenanteil von nur 1,9 Prozent hat eine wütende Reaktion in der sowjetischen Hauptstadt ausgelöst. Ungeachtet der Tatsache, daß die SED mit dem Berlin-Vorschlag Chruschtschows in die Wahl gezogen war, schrieb das sowjetische Parteiorgan „Prawda“, die Wahlen Westberlins hätten nichts mit den sowjetischen Vorschlägen zu tun. Vielmehr seien die fünf „rechtsgerichteten“ Parteien gemeinsam gegen die SED zu Felde gegangen, die allein die Interessen des deutschen Volkes verteidigt habe. Gegen die SED sei auch von der Polizei ein maßloser Terror ausgeübt worden, wobei man sich nicht gescheut habe, mit „zahlreichen Gruppen angeheuerter Rowdies gemeinsame Sache“ zu machen.

Die Wahlen in Westberlin, nach denen die SPD mit 52,1 Prozent und die CDU mit 37,3 Prozent der Stimmen als die beiden einzigen Parteien in das neue Abgeordnetenhaus einziehen werden und bei denen die Splitterparteien ebenso wie die SED eine schwere Nieder-

lage erlitten, haben auch in der Presse und bei den Regierungen der gesamten freien Welt ein lebhaftes Echo ausgelöst. Sprecher der Westmächte äußerten ihre Genugtuung über die Haltung der Bevölkerung, die sich auch in der Rekordwahlbeteiligung von 93,1 Prozent ausgedrückt habe. Der Sprecher des State Department, White, sagte in Washington, die Niederlage der SED habe klar gezeigt, mit welchen Gefühlen die freie Bevölkerung Berlins den sowjetischen Vorschlägen für eine Freie Stadt gegenüberstehe. Übereinstimmend wurde in den westlichen Hauptstädten auf die klare Niederlage der kommunistischen SED hingewiesen, die ein sicheres Zeichen für die Haltung auch der Bevölkerung in der Zone genannt wurde.

SPD-Parteitag einberufen

Mit der durch den Wahlausgang entstandenen politischen Situation haben sich der Landesvorstand sowie der Landesausschuß der Berliner SPD beschäftigt. Für den 28. Dezember wurde ein außerordentlicher Landesparteitag einberufen, der den künftigen Kurs der Partei

festlegen soll. Inzwischen wird eine Kommission entsprechende Vorschläge für die kommende Senatsarbeit unterbreiten. Brandt fliegt voraussichtlich Ende dieser Woche nach Bonn, wo er neben seiner Aussprache mit dem Bundeskanzler über die Lage Berlins wahrscheinlich auch mit seinen Parteistellen Fragen des Wahlausgangs beraten wird. Die CDU erörtert das Wahlergebnis am kommenden Freitag. Landesvorsitzender, Bundesminister Lemmer, wird in der Zwischenzeit in Bonn mit dem Bundeskanzler und dem Kabinett Berliner Fragen besprechen.

Neue Bundeshilfe für Berlin

Adenauer beim Senat — Weitgehende Unterstützung der Stadt zugesichert

Berlin (Eigenbericht). Bundeskanzler Adenauer hat dem Senat im Verlauf der anderthalbstündigen Sondersitzung zugesichert, daß die Bundesregierung Berlin in der gegenwärtigen Situation wirtschaftlich und finanziell unterstützen wird. Die Gespräche mit dem Senat wurden vom Kanzler als „sehr gut und nützlich“ bezeichnet. Bereits in der nächsten Woche werden entsprechende Beratungen zwischen Vertretern Berlins und Wirtschaftsminister Erhard sowie Finanzminister Eitel stattfinden. Dabei sollen auch die sich aus einem früheren Memorandum des Senats ergebenden Fragen erörtert werden.

Die neue Bundeshilfe für Berlin soll, wie ein Senatssprecher ergänzend erklärte, so gehalten sein, daß der „unter Umständen geänderten Lage jederzeit Rechnung getragen werden kann“. Im einzelnen sollen vor allem die Aufträge nach Berlin sowie die Rohstofflieferungen verstärkt werden. Auch die Bevorratungswirtschaft in Berlin will man, wie verlautet, den Gegebenheiten weiter anpassen. Ferner werden gewisse Maßnahmen eingeleitet, um zu verhindern, daß sich die in der sowjetischen Frist von sechs Monaten liegende Ungewißheit wirtschaftlich zum Nachteil Berlins auswirkt.

Mehr Aufträge der Industrie

Führende westdeutsche Industrielle werden am 19. Dezember in Altena (Westfalen) mit dem Berliner Regierenden Bürgermeister über die praktischen Möglichkeiten einer industriellen Hilfe für Berlin beraten. An dieser auf Einladung des Präsidenten des Bundesverbandes der Deutschen Industrie, Fritz Berg, veranstalteten Konferenz werden rund 50 maßgebliche Vertreter der Industrie teilnehmen.

Der Vorsitzende des Verbandes Deutscher Reeder, Konsul Thomas Entz, appellierte am Freitag in Hamburg an die deutschen Reedereien, die Berliner Wirtschaft angesichts der politischen Lage stärker als bisher bei der Vergabung von Aufträgen zu berücksichtigen.

An der Sondersitzung des Senats, in deren Verlauf zwischen den Vertretern Berlins und des Bundes volle Übereinstimmung festgestellt wurde, nahm neben dem Kanzler auch Außenminister von Brentano teil. Außerdem waren u. a. Bundesbevollmächtigter Vockel sowie Parlamentspräsident Henneberg und die Fraktionsvorsitzenden anwesend.

Nachdem der Regierende Bürgermeister Brandt den Standpunkt Berlins, der in einem „klaren Nein“ zur Sowjetnote liegt, erläutert hatte, berichtete Außenminister v. Brentano über die bevorstehende Außenministerkonferenz der Westmächte in Paris. Die Westmächte würden fest zu ihren in den Verträgen niedergelegten Rechten und Pflichten stehen. Der Bundeskanzler legte den Standpunkt der Bundesregierung dar, „der in der eindeutigen Ablehnung jeglicher Versuche besteht, die Freiheit Berlins anzutasten“.

Man kam überein, weiterhin einen engen Kontakt zu pflegen. In diesem Sinne wird der Re-

gierende Bürgermeister voraussichtlich Mitte Dezember zu weiteren Gesprächen nach Bonn fahren. Auch in Paris bei der Außenministerkonferenz wird er vermutlich anwesend sein, um für ein sich möglicherweise ergebendes Gespräch bereitzustehen.

Gespräch mit Gewerkschaften

Das Berlin-Programm des Bundeskanzlers ist noch einmal geändert worden. Es ist vorgesehen, daß Adenauer am Sonnabendvormittag mit führenden Vertretern der Berliner Gewerkschaften zusammentrifft. Der Abflug des Kanzlers verzögert sich entsprechend.

Die Vertreterversammlung der IG Metall im DGB Berlin, das höchste Organ dieser Organisation, hat sich gegen die Einordnung Westberlins in die Interessensphäre der Sowjetzone ausgesprochen. Die Versammlung forderte die Besatzungsmächte auf, die weltpolitischen Spannungen zu beseitigen.

„Berlin sprach für die Zone“

Bonn (ap). Der Politische Ausschuß des Kuratoriums „Unteilbares Deutschland“ betonte am Montag in Bonn, die 1,7 Millionen Westberliner Wähler hätten mit ihrer Absage an die SED das ausgedrückt, was die 17 Millionen Deutschen in der Zone dächten. Das Kuratorium appellierte an die Staatsmänner der vier Großmächte, sich für das Selbstbestimmungsrecht des deutschen Volkes, für seine Einheit und damit für den Frieden der Welt einzusetzen und die Freiheit Berlins zu sichern.

Als eindrucksvolles Bekenntnis der Berliner Bevölkerung zu Freiheit und Demokratie bezeichneten Sprecher der CDU-CSU und SPD in Bonn den Ausgang der Berliner Wahlen. Wesentlich sei es, so betonten sie, daß zum ersten Male in einem deutschen Parlament nur noch zwei Parteien vertreten seien.

Der SPD-Vorsitzende Ollenhauer erklärte, das Berliner

Wahlergebnis sei ein Zeichen dafür, daß die Bevölkerung in ersten Stunden bereit sei, der SPD Vertrauen zu schenken.

Ein Sprecher des CDU/CSU-Parteivorstandes betonte, die CDU sehe das Entscheidende, nationalpolitisch Wichtige der Wahl in der totalen Niederlage der SED. Aus der besonderen Lage Berlins heraus sei es wohl zu erklären, daß die SPD mit Brandt einen besonders zugkräftigen Mann habe herausstellen können. Das habe die CDU jedoch nicht daran gehindert, im ganzen gesehen eine gleiche Erhöhung des Stimmenanteils wie die SPD zu gewinnen.

Der FDP-Pressedienst bedauerte die Parteienkonzentration, die das Berliner Wahlergebnis gebracht habe. Der sowjetische Druck, so heißt es, habe in Berlin die Landespolitik außer Kraft gesetzt, in der die FDP eine gute Position gehabt habe.

Hetze in den Schulen gegen Westberlin

Aufzeichnungen über Ereignisse und Stimmungen in Mittelddeutschland

B. Berlin (Eigenbericht). Vom 1. Sekretär der SED bis zum letzten Hausobmann im entferntesten Dorf der Sowjetzone läuft der Propaganda-Apparat des Systems mit einer Hetzkampagne gegen Westberlin. Dabei wird die Agitation wie bei allen früheren Kampagnen derartig überdreht, daß sich zahlreiche Bewohner Mittelddeutschlands von dieser widerlichen Schmutzkampagne distanzieren.

CHEMNITZ

Kurzversammlungen in den Schulen. Die Lehrer der Chemnitzer Schulen müssen den Kindern die Entwicklung in Berlin verfälscht darstellen. Die Erläuterung der sowjetischen Berlin-Note hat nach Anweisungen des Zentralkomitees der SED Abteilung Agitation und Propaganda zentral zu erfolgen.

Telefonische Umfrage der „Volksstimme“. Die SED-Zeitung rief Bürger in Chemnitz an und fragte nach ihrer Meinung zur Berlin-Note. Während ein Rechtsanwalt frank und frei erklärte, die „Volksstimme“ bekomme von ihm keine Antwort, sagten die meisten Angerufenen, sie seien der Überzeugung, diese Note sei gut, wenn dadurch das Deutschlandproblem gelöst würde. Man hat in Mittelddeutschland gelernt, sich geschickt auszudrücken.

Arbeiter danken der Sowjetunion. Arbeiter des VEB Stahlbau Leipzig sollen der Sowjetunion für die Sowjetnote gedankt haben. Spontane Selbstverpflichtungen und Erhöhungen des Staatsplanes seien erfolgt.

„Flug ins Pfefferland.“ Städtische Puppenbühne beginnt mit Weihnachtsmärchen. Die Puppenspieler aus dem Bezirk Chemnitz sind im Dezember von früh bis abends unterwegs und spielen bei Betriebsfeiern und in Kinderheimen. Die Weihnachtswichte spielen das beliebte Stück „Flug ins Pfefferland“.

Frachtbriefe für die Pionier-eisenbahn. Mit einem Sack Verpflichtungen wollen die Jungen Pioniere nach einem Bericht der SED-Zeitung „Volksstimme“ ihren Staat zu Weihnachten be-

schenken. In den Frachtbriefen steht: „Wir erwerben die goldenen Schneeschuhe und lernen richtig marschieren.“ Das Geschenk soll u. a. gute Noten in den Zeugnissen sein. Zur Pionier-Festwoche vom 6.—13. Dezember werden Millionen bunte Lichter in Chemnitz leuchten, Agitprop-Trupps wollen in den Kliniken und in den Betrieben auftreten. Es gibt Tage der offenen Werkstatte und Elternveranstaltungen.

Die Pionier-Freundschaftsgruppe „Mao Tse-tung“ hat die Verpflichtung; für den Bau eines Rinderoffenstalls 150 Ostmark zu sammeln, erfüllt.

PLAUEN

HO-Kaufhaus wartet auf Weihnachtswaren. Bis Mitte Dezember sollen die Waren eintreffen. Die Erklärung für die Verzögerung lautet: „In diesem Jahre haben wir die ersten eigenen Frachtschiffe für den Weihnachtsverkehr aus Übersee einsetzen können. Deshalb verzögert sich die Ankunft der Südfrüchte, Sultaninen, Orangen und Bananen etwas. Im nächsten Jahr aber haben wir unsere ‚Steckenpferd-Flotte‘, so daß die Weihnachtswaren schon im Herbst eintreffen werden.“ Der Preis für ein Pfund Rosinen beträgt gegenwärtig 3,20 Ostmark. Außerdem — so wird erklärt — sei die Warenbereitstellung gegenüber dem Vorjahr bei Kakaoerzeugnissen wesentlich in die Höhe geklettert, bei Schokolade auf 125 Prozent, bei Röstkaffee auf 150 Prozent, bei Zigarren auf 111 Prozent. Sultaninen seien in der „DDR“ bereitgestellt, insgesamt 525 000 kg. Trotzdem müssen die Hausfrauen nach diesen Produkten Schlange stehen.

„Mit Wahlkampf-Elan weiter.“ Das ist die Losung der Agitprop-Gruppen Plauen, die mit Haß- und Hetzgesängen gegen Westberlin auftreten. FDJ-Gruppen marschieren mit Plakaten durch die Straßen: „Damenringkämpfe im Schlamm — das gibt es nur am Ku'damm“ — „Sündenpfehl Westberlin muß gesäubert werden“, „Freiheit für ganz Berlin“ usw. Die SED stellt den Agitprop-Gruppen

einheitliches Hetzmaterial zur Verfügung und konzentriert sich auf die Übertreibung von Einzelercheinungen.

LEIPZIG

Kurzversammlungen mit Transportpolizisten. Aus Berlin mußten sich Trapos der Volkspolizei und Agitatoren der SED unterhalten. Sie erklärten ihnen die Sowjetnote zu Berlin. Ein Transportpolizist erklärte — so berichtet die „Leipziger Volkszeitung“ (SED) — in den Lichtkästen der D-Züge aus Berlin seien von Agentenzentralen Hetzflugblätter und Gaspistolen eingeschmuggelt worden. Er demonstrierte dies mit einer westlichen Illustrierten, in der von der Ausbildung von Bundeswehrsoldaten in Texas berichtet wurde. Die meisten Reisenden entzogen sich der Diskussion und wiesen darauf hin, daß sie den Anschlußzug erreichen wollten.

General Serow abgelöst

Moskau (ap). Der Vorsitzende des sowjetischen Ausschusses für Staatssicherheit, General Iwan Serow, ist nach einer Moskauer Rundfunkmeldung von seinen Aufgaben entbunden worden. Der Beschluß wurde vom Präsidium des Obersten Sowjets gefaßt. Dem bisherigen Sicherheitschef sollen andere Aufgaben zugewiesen worden sein, die jedoch nicht genannt wurden.

Dulles geht es besser

Washington (dpa/ap). Das Befinden des amerikanischen Außenministers Dulles bessert sich weiterhin zufriedenstellend. Dulles hatte sich wegen einer Darmerkrankung in das Walter-Reed-Krankenhaus der Armee begeben. Wie verlautet, besteht keine Gefahr, daß sich erneut eine Darmkrebsgeschwulst wie vor zwei Jahren gebildet hat.

Knapper Sieg Fanfanis

Rom (dpa). Mit knapper Mehrheit hat das Kabinett Fanfani eine Vertrauensabstimmung in der italienischen Abgeordnetenkammer gewonnen.

Alle Jahre wieder . . .

DT. Dieses schöne alte Weihnachtslied wird in diesem Jahre nur zaghaft in den Häusern Mittelddeutschlands erklingen. Bei Gemeinschaftsfeiern wird es kaum noch zu hören sein; denn auf Anweisung der SED sind derartige Feiern „fortschrittlich“, d. h. ohne Anklang an den christlichen Ursprung dieses Festes zu gestalten. Aber das ist nicht die einzige Sorge der alles verwaltenden und vergewaltigenden Staatspartei.

Schon seit Jahren geht der Streit um die sogenannten Weihnachtsgratifikationen. Es ist noch gar nicht so lange her, da wurden derartige Zahlungen als Zeichen kapitalistischer oder kleinbürgerlicher Denkkungsart abgelehnt. Mochten die wenigen Privatbetriebe derartige Zahlungen noch leisten, staatlichen Verwaltungen, volks- oder parteieigenen Betrieben waren sie strikte untersagt. Es gab viel böses Blut. Selbst alte Genossen waren nur schwer von der Weisheit dieses Beschlusses zu überzeugen. Findige Betriebsgewerkschaftsleitungen wußten sich so zu helfen, daß sie auf die zu erwartenden Jahresprämien bereits zu Weihnachten einen Voranschuß zahlten. Von dieser Gleichmacherei waren wiederum die Parteibosse gar nicht entzückt; denn die Prämien sollten ja nur an die wenigen Auserlesenen als Anreiz für erhöhte Normenerfüllung gezahlt werden.

So mußte sich auch in diesem Jahre der Ministerrat der sogenannten „DDR“ mit dieser leidigen Angelegenheit befassen. Er kam zu dem Beschluß, Weihnachtsgeldzahlungen trotz ihrer kapitalistischen Herkunft zu zahlen. Die Sätze sind weder fürstlich noch ausgesprochen sozial: Verheiratete erhalten 35, Ledige 25 und Lehrlinge 10 Ostmark. Empfangsberechtigt sind jedoch nur solche Betriebsangehörige, deren monatlicher Verdienst 500 Mark brutto nicht überschreitet. Der Gefahr, daß Privatbetriebe ein anderes soziales Beispiel geben, wird damit begegnet, daß Weihnachtsgeldzahlungen auch in Betrieben mit staatlicher Beteiligung nur bei den vorstehend genannten

Sätzen als Betriebsausgaben anerkannt werden.

Aber weder Art noch Höhe der Zahlungen, die man notwendig als Weihnachtsgeldzahlungen deklariert, sind entscheidend. Es mag in Westberlin und in der Bundesrepublik manchen Handwerker oder kleinen Betrieb geben, der nicht auf Rosen gebettet ist und der seinen Angestellten nur ein bescheidenes Weihnachtsgeld zahlen kann. Entscheidend ist der

Geist, in dem zum schönsten Fest der Christenheit ein Geschenk gemacht wird. Ein Staat, der in der Kirche und ihren Gliedern nur den Gegner sieht, den es auszumerzen gilt, kann mit Weihnachtsgeldzahlungen seine atheistische Gesinnung nicht verdecken. Der mitteldeutschen Bevölkerung wäre die auch in ihrer Verfassung garantierte Glaubens- und Gewissensfreiheit lieber als jede Geldzahlung.

Kampfgruppe stand einsatzbereit

Sowjets verzichteten auf Kraftprobe in Babelsberg

Washington (dpa). Eine Kampfgruppe amerikanischer Panzer und Infanteristen stand am 14. November bereit, um drei von den Sowjets am Berliner Kontrollpunkt Babelsberg festgehaltene Lastwagen und Fahrer der USA-Streitkräfte, falls notwendig, mit Gewalt zu befreien. Dies berichtet der amerikanische Brigadegeneral Thomas Phillips in der neuesten Ausgabe der Zeitschrift „Army Navy Airforce Register“. Nach diesem Bericht ist der sowjetische Stadtkommandant von der amerikanischen Entschlossenheit unterrichtet worden. Um eine Kraftprobe zu vermeiden, habe er angeordnet, die amerikanischen Lastwagen mit Besatzung weiterfahren zu lassen.

Phillips schreibt, daß die Kampfgruppe von dem USA-Kommandanten in Berlin, Generalmajor Hamlet, mit Zustimmung hoher militärischer Stellen in Europa aufgestellt worden sei. Die gleichen Stellen vertreten auch heute noch die Ansicht, daß eine ähnliche feste Haltung die einzige Möglichkeit sei, um die Rechte der freien Durchfahrt nach Berlin für die Westmächte durchzusetzen, falls die Sowjets die Kontrollfunktionen an die Sowjetzonenbehörden abgeben sollten.

Solidarisch mit Berlin

Bonn (ap). Zur Solidarität des freien Europa mit der Bundesrepublik und Westberlin angesichts der jüngsten sowjetischen Offensive in der deutschen Frage hat sich die dritte „europäische Konferenz am

runden Tisch“ bekannt, die in Bonn stattfand. Unter Vorsitz des Präsidenten der Beratern Versammlung des Europarates, Dehousse (Belgien), diskutierten 16 prominente Politiker aus acht Mitgliedstaaten des Europarates im Bundeshaus die aktuellen politischen Probleme in Europa, und zwar insbesondere die deutsche Frage im Lichte der jüngsten Entwicklung um Berlin.

Wie Dehousse auf einer abschließenden Pressekonferenz sagte, bestand unter den Konferenzteilnehmern volle Einmütigkeit über die besondere Notwendigkeit zur Solidarität des freien Europa in der gegenwärtigen politischen Lage. Über einstimmend sei die Hoffnung auf eine friedliche Lösung des Berliner Problems und der Wiedervereinigungsfragen ausgedrückt worden. Bei der Erörterung der Einzelfragen habe sich eine starke Annäherung der Standpunkte ergeben.

Der SPD-Abgeordnete Erler betonte auf der Pressekonferenz, die Konferenz sei einmütig der Auffassung gewesen, daß bis zur Wiedervereinigung Deutschlands der freie Zugang nach Westberlin gesichert bleiben müsse. Berlin brauche „physische Garantien“ — die Anwesenheit der westlichen Truppen — zur Sicherung seiner Position.

Herausgeber: Deutschland-Verlag GmbH., Berlin-Tempelhof 1, Manfred-von-Richthofen-Str. 2.



BILDER DER WOCHE: Oben: Bundeskanzler Dr. Adenauer während seines Besuches in den Tegeler Borsig-Werken im Gespräch mit Stahlarbeitern. — Unten: 100 000 Pakete und Päckchen werden jetzt täglich über das Paketpostamt Braunschweig in die sowjetisch besetzte Zone weitergeleitet.

